plötzlich abstoppen wollte, wenn es Europa sich jetzt selbst überließe, würde seine Beteiligung an den beiden Weltkriegen völlig nutzlos gewesen sein, und alles würde, über kurz oder lang, kommen mit seinen unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen, als wenn es sich draußengehalten hätte. Daher kann es auf dem nun einmal beschrittenen Wege kein Zurück mehr geben. Daher der Marshall-Plan. Aber das ist nicht einmal der einzige Grund. Kaufmännisch und organisatorisch vorausdenkend, wie die Amerikaner nun einmal sind, hatten sie geglaubt, in der Organisation der Vereinten Nationen sich selbst und der ganzen Welt jenes Instrument der Friedens- und, man möchte sagen, auch der Wirtschaftssicherung zugeben, das den Uebergang in eine neue, diesmal ruhige und ausgeglichene Welt bilden sollte. Aber die Organisation der Vereinten Nationen ist erst noch in ihren Anfängen. Auch in ihr haben sich bereits große, und zwar grundsätzliche Auseinandersetzungen ergeben. Auch da war es vornehmlich Rußland, im Kreise seiner Vasallenstaaten, das je länger, je weniger, den amerikanischen Ideen zu folgen bereit war. Das Veto einer der großen Fünf, wieder und wieder Rußland, tauchte als unheimliches Gespenst in den Verhandlungen des Sicherheitsrates, in den Diskussionen über die Atombombe und sonst wo auf. Finanziell war die Organisation der Vereinten Nationen trotz dem Internationalen Währungsfonds und der Bank für Kredite, von denen sich Rußland auch fernhielt, nicht imstande, etwas wirklich zu Buch Schlagendes zu geben. Amerika allein fiel also die Last zu, den einzelnen notleidenden Ländern, auf ihre finanziellen Wünsche hin, Tropfen für Tropfen von freilich stattlicher Größe, Kredite zu spenden. Aber es mußte mit nicht geringer Ueberraschung wahrnehmen, daß diese Milliarden, selbst die England gewährten gewaltigen Summen, rasch im Sande versickerten. Es konnte sich, nach Monaten, ausrechnen, wann europäische Schuldner, Schlange stehend, wieder beim Schatzamt anklopfen würden. Denn statt daß die Lage Europas sich nach der Waffenruhe gebessert hätte, ist sie schlechter und schlechter geworden. Kein Wunder daher, wenn Washington jetzt reinen Tisch zu machen und in einem groß angelegten Projekt eine Gesamtbereinigung Europas versucht, um sich nicht noch länger nutzlos finanziell zu verzetteln. Aus dieser verworrenen Lage erwuchs, geradezu mit Naturnotwendigkeit, der Marshall-Plan. Die europäischen Staaten sollen danach erst einmal unter sich feststellen, was sie an Aktiven und Passiven in ihren Produktionsmöglichkeiten haben und was sie gegeneinander austauschen können. Was dann als passiver Rest übrig bleibt, will Amerika mit seinem Riesenkredit in Geld, Rohstoffen, Fertigwaren und dergleichen ausgleichen. Irgend eine politische Einflußnahme, hat Amerika geradezu emphatisch erklärt, liegt ihm dabei fern. Es will Europa in einem letzten großen Versuch helfen, will es wieder auf die Beine stellen, will den allgemeinen Weltfrieden dadurch sichern und den internationalen Wirtschafts-Austausch schnellstens erneut in Gang setzen. Unausgesprochen bleibt dabei, daß Amerika selbst daran aufs höchste interessiert ist. Denn seine eigene Wirtschaft lebt und webt mit der übrigen Wirtschaft der Welt als Absatzgebiet.

*

Was nun? Die Sowjetunion macht nicht mit. Wahrscheinlich auch nicht ihre Vasallenstaaten. Also das östliche und südöstliche Europa. Spanien fällt, aus anderen Gründen, auch aus. Bleiben England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Oesterreich — und nicht zuletzt Deutschland. Sowohl Bevin wie auch Bidault haben darauf hingewiesen, wenn auch vorläufig noch in tastender Form, daß dann der Marshall-Plan eben ohne Rußland in Angriff genommen werden wird. Einfach, weil kein anderer Ausweg mehr möglich ist. Europa ist am Ende. Es braucht Hilfe. Und zwar so rasch als möglich. Nun werden die Staaten, die nicht zu dem russischen Bereich gehören, sich unverzüglich an die Arbeit machen müssen, um die Voraussetzungen zu schaffen. Es wird eine Hauptkommission mit mehreren Unterausschüssen gebildet werden, die jetzt die einzelnen, in Frage kommenden europäischen Nationen auf ihre Produktions- und Austauschmöglichkeiten untersuchen werden. Voraussichtlich wird man dann schon in einigen Wochen so weit sein, daß man den Amerikanern eine bestimmte Grundlage für das Was und Wie der Milliarden-Kredite zu geben vermag. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland in diese Kalkulation mit einbezogen wird. Aber hier schon erhebt sich die schwerwiegende Frage für uns, ob und inwieweit die russische Besatzungszone, angesichts dieser grundsätzlichen politischen Gegensätzlichkeit, mit in Betracht gezogen werden kann oder darf. Das ist die zweite Scheidungslinie, um die es geht. Droht diese Auseinandersetzung zwischen Ost und West, deren erschütterte Zuschauer wir gegenwärtig sind, auch uns selbst mit hineinzuziehen, indem sich die russische Besatzungszone von den drei westlichen Zonen abhebt? Wird der Marshall-Plan auch in Deutschland nur den Westen und nicht den Osten in sich schließen? Wenn gegenwärtig auch der wirtschaftliche Austausch zwischen Ost- und Westdeutschland infolge der ganzen noch ungeklärten Nachkriegsverhältnisse relativ gering ist, so würde eine solche Trennung geradezu verhängnisvoll sein, wenn erst einmal wieder Halbzeug und Rohstoffe aus dem Auslande hereinkämen, um die Maschinen und die Menschenkräfte wieder in Gang zu setzen. Ostdeutschland war der natürliche Lieferant von Getreide, Kartoffeln und Rüben für Westdeutschland, um nur diese drei wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu nennen. Ostdeutschland verfügt über die großen Braunkohlenlager, über die Kali-Produktion und nicht zuletzt über die Papierfabrikation und die Textil-Industrie. Auch das können, in dem Rahmen eines Aufsatzes, nur Andeutungen sein. In Wirklichkeit ist das Gewebe der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Ost und West in Deutschland geradezu unübersehbar. Ein Teil ist auf den anderen völlig angewiesen. Das ganze deutsche Eisenbahn-, Auto- und Kanalnetz, von allen Seiten auf Berlin zulaufend, ist ja nur der technisch-organisatorische Ausbau dieser schier unlöslichen Verbundenheit. Wenn jetzt Westdeutschland wirtschaftlich von Ostdeutschland geschieden werden würde, müßten die westlichen Zonen an den Aufbau einer neuen Wirtschaftsstruktur herangehen, der die Verwirklichung des Marshall-Plans, auch nach der geldlichen Seite hin, aufs Aeußerste komplizieren würde. Das sind Tatsachen, denen wir ins Auge sehen müssen. So können wir, abgesehen von den großen weltpolitischen Aspekten, die Entscheidung, die Rußland jetzt getroffen hat, nur aufs Tiefste bedauern. In erster Reihe sind es die Deutschen, die die Leidtragenden sind. Sie trifft der unselige Ausgang der Pariser Konferenz am schwersten. Ihre Wirtschaft, die durch das verbrecherische Hitler-System in Grund und Boden zertreten ist, sieht sich jetzt, kaum daß die ersten mühevollen Versuche einer Wiederbelebung gemacht werden, von neuem vor Probleme gestellt, die im Augenblick geradezu unentwirrbar erscheinen. Noch ist freilich das letzte Wort über diese Spezialfrage nicht gesprochen. Innerhalb der russischen Zone liegt schließlich Berlin, das ja nur zu einem Teile von den Russen und zu drei Teilen von den übrigen Besatzungsmächten verwaltet wird. Was wird, nach diesem Nein Rußlands, aus der Friedens-Konferenz? Kommt sie überhaupt noch ernstlich in Frage? Oder müssen wir zunächst mit einem Friedensstatut der Westmächte zu rechnen haben? Ueber kurz oder lang werden wir auch über diesen Punkt klarer sehen. Wird die Tür wirtschaftlich auch nach der deutschen Ostzone geschlossen?

Säuberungsgesetz in Kraft

28. Juli letzter Termin für Einreichung von Einsprüchen

Mainz. (Eigene Meldung) Vor Vertretern der Regierungs- und städtischen Behörden von Rheinhessen, vor Partei- und Gewerkschaftsvertretern und anderen interessierten Kreisen sprach am Mittwoch der Säuberungskommissar für Rheinland-Pfalz Minister Junglas über die bevorstehende Einrichtung von Spruchkammern und Untersuchungsausschüssen.

Ehe die praktische Arbeit beginnen kann, sind bei allen Stadt- und Landkreisen Untersuchungsausschüsse zu bilden, deren Zahl von Fall zu Fall festgelegt werden wird. Ihnen obliegt die Urteilsfällung in erster Instanz. Als Beisitzer werden in dem Untersuchungsausschuß je ein Vertreter der vier zugelassenen Parteien und ein Gewerkschaftsvertreter fungieren, die ihrerseits wieder einen Stellvertreter haben müssen. Dazu werden zwei nichtständige Beisitzer treten, die aus der Berufsgruppe des Betroffenen entnommen werden.

An Berufsgruppen sind vorgesehen:

Für Beamte: 1. innere Verwaltung, 2. Schule, 3. Justiz, 4. Wirtschaft und Finanzen, 5. Post und Eisenbahn.

Für die Wirtschaft: 1. Eisen und Metall, 2. Energie und Chemie, 3. Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Tabak, 4. Textil, Druck und Papier, 5. Holz, 6. Stein, Erde, Bau, 7. Banken und Versicherungen.

In Mainz werden in Kürze zwei Spruchkammern gebildet, eine für die laufenden und die andere für Revisionsfälle. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen Richter oder zum Richteramte befähigte Personen sein, während diese Forderung an den öffentlichen Kläger nicht gestellt wird. Die ständigen Beisitzer der Spruchkammern und ihre Vertreter werden wieder aus den vier Parteien entnommen, hinzu treten die Vertreter der verschiedenen Berufsgruppen (fünf bei den Beamten, sieben bei der Wirtschaft), die jedoch nur dann amtieren, wenn Fälle aus den entsprechenden Berufsgruppen zur Verhandlung stehen.

Der Minister verhehlte nicht die Schwierigkeiten, die sich der Auswahl von Persönlichkeiten entgegenstellen, die als öffentliche Kläger, als Vorsitzende und Beisitzer amtieren sollen und die die fachliche und persönliche Eignung für dieses verantwortungsvolle Amt mitbringen müssen. Ueber die Dauer der ganzen Säuberungsaktion kann noch nichts Abschließendes gesagt werden. Sie soll jedoch so schnell wie möglich durchgeführt werden. Begonnen wird mit den Hauptschuldigen; ihnen werden die weniger Belasteten folgen. Auch die Nicht-Betroffenen werden einen Bescheid von der Säuberungskommission erhalten.

Frist für die Einsprüche

Eine Sonderfrage stellen jene Berufungsfälle dar, die noch aus dem seitherigen Säuberungsverfahren durch die ZSK. in Neustadt anhängig sind. Für Fälle, die bereits abgeurteilt sind, gilt folgende Regelung: Alle Einsprüche gegen die alten Urteile, über die noch nicht entschieden ist, gelten als anhängig, das heißt: sie werden von den Spruchkammern noch einmal verhandelt werden.

Diese Einsprüche müssen jedoch bis zum 28. Juli beim Regierungspräsidium eingereicht sein (nicht bis zum 11. August, wie es irrtümlich in einer Verlautbarung hieß). Jeder, der Einspruch eingelegt hat, erhält Bescheid, daß sein Einspruch eingegangen ist. Sollte jemand, der einen Einspruch eingelegt hat, bis zum 13. Juli noch keinen Bescheid haben, daß sein Einspruch eingegangen ist, so tut er in jedem Falle gut, vor dem 28. Juli nochmals Einspruch zu erheben, um die erneute Behandlung seines Falles zu sichern. Einspruch kann natürlich nur der erheben, gegen den bereits ein Urteil ergangen ist. Alle jene Fälle, in denen von der ZSK. noch keine Entscheidung gefällt wurde, werden automatisch jetzt nach dem neuen Verfahren behandelt.

In Hessen-Pfalz waren bei der ZSK. elftausend Einsprüche erhoben worden; davon lagen jetzt noch 1414 in Mainz vor, außerdem 2 136 Fragebogen über die noch nicht entschieden worden ist, und die jetzt als erste behandelt werden müssen.

Eine lebhafte Aussprache, verbunden mit einem Erfahrungsaustausch schloß sich an die Ausführungen des Ministers an. Die Parteien und Wirtschaftsgruppen werden die entsprechenden Beisitzer und Vertreter benennen, so daß in Bälde mit der politischen Säuberung, wie sie das Gesetz für Rheinland-Pfalz vorsieht, begonnen werden kann.

Zur Regierungsbildung von Rheinland-Pfalz

Mainz. (Eig. Meldung) Gestern vormittag um 9 Uhr haben zwischen den Bevollmächtigten der Parteien die weiteren Verhandlungen wegen der Regierungsbildung in Rheinland-Pfalz begonnen. Es besteht die begründete Aussicht, daß am Wochenende die Zusammensetzung der kommenden Regierung nun endgültig feststehen wird. Die Landtagsabgeordneten sind bereits telegraflisch zu einer Sitzung am Mittwoch, 9. Juli, 10 Uhr, einberufen worden. Die Verhandlungsbevollmächtigten sind sich darüber klar, daß zusammen mit der Regierungsbildung auch eine Umbildung des Oberregierungspräsidiums der Pfalz erfolgen muß, um der bei den letzten Wahlen eingetretenen Aenderung im Parteienverhältnis Rechnung zu tragen. Ob jetzige Oberpräsident zurücktreten und durch einen Vertreter der Sozialdemokratie ersetzt wird, steht noch nicht fest.

Personalpolitik in Rheinland-Pfalz

Erklärungen des seitherigen Innenministers

Unser OZ.-Redaktionsmitglied hat die schwebende Regierungskrise Rheinland-Pfalz zum Anlaß genommen, dem seitherigen Innenminister Jakob Steffan, dessen Ressort bei den gegenwärtigen Diskussionen zwischen den Parteien und in der Presse besonders umstritten ist, einige Fragen vorzulegen, die uns bereitwilligst beantwortet wurden.

Frage: „Wie stehen Sie zu der immer wieder in der Oeffentlichkeit auftretenden Behauptung, Sie hätten eine robuste Personalpolitik betrieben?"

Antwort: „Kein Vorwurf ist je unbegründeter erhoben worden als dieser. Wie verhält sich die Sache in Wirklichkeit?

Die CDU. hat fast zwei Jahre hindurch eine einseitige Personalpolitik in dem heutigen Lande Rheinland-Pfalz durchgeführt. Das parteipolitische Verhältnis innerhalb der Beamtenschaft ist ungefähr so: daß 80 Prozent Mitglieder oder Anhänger der CDU. sind, während die verbleibenden restlichen 20 Prozent aufgeteilt sind unter den Sozialdemokraten, den Demokraten und den Kommunisten. Daß ich angesichts dieser durch nichts zu widerlegenden Tatsache entschlossen sein mußte innerhalb einer Koalitionsregierung sämtliche Koalitionsparteien bei der Personalpolitik entsprechend zu berücksichtigen, ist eine Selbstverständlichkeit, über die unter politischen Menschen keine Meinungsverschiedenheit bestehen sollte."

Frage: „Können Sie uns einige Angaben über Ihre seither betriebene Personalpolitik geben?"

Antwort: Wir haben im Lande Rheinland-Pfalz vierzig Landräte. Davon sind sieben Sozialdemokraten und dreiunddreißig Mitglieder der CDU. Wir haben in Rheinland-Pfalz fünf Regierungspräsidenten, davon ist einer Mitglied der SPD. und vier der CDU. Unter den fünf Vizepräsidenten ist einer Sozialdemokrat. In dem Innenministerium ist einer Sozialdemokrat gewesen, nämlich der bisherige Innenminister selbst. Alle anderen aber bis herunter zum Türhüter, sind Mitglieder der CDU. Das weiß die Leitung der CDU. gründlich und genau, und die leitenden Männer haben in Privatgesprächen das auch ausdrücklich zugegeben. Wenn aber diese falsche Behauptung immer wiederkehrt, dann muß ich mich auch einmal hierzu äußern.

Es ist nämlich so, daß einige Mitglieder der CDU., die Regierungsrat werden oder in der Polizei die Spitzenstellungen innehaben wollten, dabei auf keine Gegenliebe gestoßen sind. Nicht etwa, weil sie Mitglieder der CDU. sind, sondern weil die sachlichen Qualitäten nicht vorlagen, die zur Bekleidung solcher Posten nach meiner Ansicht ein Erfordernis sind. Aus gekränkter Eitelkeit haben sie die CDU.-Leitung bisher mit falschen Informationen versehen, haben ihren Einzelfall aufgebauscht und um deßwillen bei der CDU.-Leitung sowohl als auch in der Oeffentlichkeit ein falsches Bild geschaffen."

Frage: „Können Sie uns über die besonderen Verhältnisse in Rheinhessen Auskünfte geben, die Sie ja doch als Regierungspräsident selbst am besten kennen?"

Antwort: „In Rheinhessen waren die Verhältnisse von 1945 an genau noch so, wie sie heute sind. Es ist mit maßgebenden Leuten der CDU. und mit der Militärregierung die Vereinbarung getroffen worden, daß die vier Landräte in Rheinhessen aufzuteilen sind, derart, daß die sozialdemokratische Partei zwei und die CDU. zwei Landräte erhält. Die Sozialdemokraten haben den Landrat des Landkreises Mainz und denjenigen des Landkreises Bingen. Der Landrat des Landkreises Alzey und derjenige des Landkreises Worms ist der CDU. vorbehalten. Daß der Posten in Alzey noch nicht besetzt werden konnte, ist nicht meine Schuld. Ich habe ein ganzes Jahr lang die CDU.-Leitung um Vorschläge gebeten. Verwendbare Vorschläge sind mir bis heute nicht gemacht worden. Der Landrat des Landkreises Worms wurde irrtümlicherweise" von der CDU. den Sozialdemokraten angerechnet. Im Stadt- und Landkreis Worms wurde dieser Versuch der CDU. bei den politischen Kreisen nur mit einem Lächeln quittiert, da es sich bereits herumgesprochen hatte, daß der derzeitige Landrat des Landkreises Worms alles, nur kein Sozialdemokrat ist.

Es wurde von der CDU. geklagt, daß der Regierungsvizepräsident in Rheinhessen nicht aus ihren Kreisen genommen worden sei. Auch hierzu habe ich nicht das Geringste beigetragen. Es war eine Vereinbarung der CDU.-Leitung mit der Militärregierung, daß die Lösung der Personalfrage nach dieser Richtung vorgenommen wurde, wie es geschah.

Was berechtigt also zu einem Vorwurf nach dieser Richtung gegen mich, den bisherigen Innenminister?

Insgesamt erkläre ich zu der von mir seither betriebenen Personalpolitik, daß die CDU. kein Recht hat, sich benachteiligt zu fühlen. Wer sich benachteiligt fühlen kann, und zwar nicht durch mich, sondern durch die CDU., das sind die Demokraten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Das muß einmal festgestellt werden, damit der Staatsbürger von Rheinland-Pfalz auch einmal von der anderen Seite her erfährt, wie es sich mit der angeblichen „robusten Personalpolitik" des Innenministers verhält."

Noch einmal: Die Reifeprüfung

Zuschriften und Anregungen

Auf unseren Leitartikel „Reifeprüfung nach Punkten ausgezählt?" vom 25. Juni erhielten wir aus Universitätskreisen, von Eltern und Lehrern zahlreiche zustimmende Äußerungen. Besonders bemerkenswert erscheint uns die Zuschrift der Oberprima einer rheinhessischen Stadt, in der es heißt:

„Wir Abiturienten möchten Ihnen von ganzem Herzen dafür danken, daß Sie sich unserer großen Not angenommen haben . . Wer weiß denn, wieviel Kummer und Sorgen uns, die wir endlich unsere Lieblingsfächer studieren wollen, die wir alles Schwere, was uns die Vergangenheit brachte und die Gegenwart noch bringt, ertragen haben, die neue Prüfungsordnung bereitet? Wir haben das Gefühl, als Versuchsobjekt mißbraucht zu werden, ja, das Gefühl, wieder einmal geopfert zu werden, weil es den Herren als der billigste Weg erscheint, uns von der Universität fernzuhalten."

Ohne uns mit dieser, von Bitterkeit erfüllten Annahme der Oberprima zu identifizieren, geben wir nachstehend den weiteren Gedanken und Vorschlägen der Abiturienten Raum:

„Es ist jedem Einsichtigen klar, daß die Hochschulen überfüllt sind und dadurch Abhilfe geschaffen werden muß, daß man die Anforderungen der Schulen höher schraubt. Aber Eltern und Abiturienten empfinden es als besondere Härte, daß man wenige Wochen vor der Reifeprüfung mit einer solch radikalen Prüfungsreform herauskommt.

Die neue Prüfungsmethode setzt eine von Anfang an gänzlich neu orientierte Schulausbildung voraus, die eine völlige Umstellung für Lehrer und Schüler bedeutet. Ehe eine solche Schulreform Früchte trägt, vergehen Jahre! Vergessen wir dabei nicht, unter welchen schwierigen Verhältnissen unsere Abiturienten die Schule besucht haben. Viele der jetzigen Oberprimaner gehörten dem Reichsarbeitsdienst oder der Wehrmacht an oder sie trugen das harte Los der Gefangenschaft, ehe sie wieder zur Schulbank zurückkehren konnten. Dort arbeiten sie nun unter schwierigsten Lebensbedingungen. Die Jugend empfindet die Schärfe der neuen Prüfungsordnung als einen Eingriff in ihre persönliche Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit, die ihr in Artikel 1 der Verfassung gewährleistet wird. Nach Artikel 21 und 39, Absatz 4 der Verfassung steht den dazu Begabten das Recht zum Besuch einer Hochschule zu. Es erscheint als unerläßlich, daß die derart einschneidende neue Prüfungsreform vor ihrem Inkrafttreten vom Parlament, als der Vertretung der Elternschaft, gemäß Artikel 11 und 27 der Verfassung erörtert wird.

Es ergeht hiermit ein Appell an alle verantwortlichen Stellen, unnötige Härten, die weder menschlich noch juristisch gerechtfertigt erscheinen, zu vermeiden. Es wird daher die Bitte ausgesprochen, bis zur endgültigen Entscheidung der Frage die Kandidaten entsprechend ihrer bisherigen Ausbildung, zwar unter verschärften Bedingungen, jedoch nach der alten Examensordnung prüfen zu wollen. Wie der Verfasser des oben erwähnten Artikels zu Recht feststellt, ist die Kluft zwischen Forderung und Leistungsvermögen zu groß und unüberbrückbar. Wenn größere Anforderungen an die Schüler gestellt werden sollen, muß man rechtzeitig, nicht erst wenige Wochen vor der Prüfung, die erforderlichen Bedingungen stellen."

Erklärung des Kultusministeriums

Von zuständiger Seite des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz erhalten wir eine Mitteilung, die wir besonders begrüßen, weil sie, wenn auch etwas verspätet, geeignet ist, Aufklärung über die tatsächlichen Absichten der verantwortlichen Regierungsstellen zu geben. Denn bisher besaßen nur die Direktionen der höheren Lehranstalten genaue Kenntnis von den Prüfungsplänen. Daß sie jetzt aus den Notizbüchern der Lehrer den Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben, dürfte im Interesse der Klarheit für beide Teile von Vorteil sein.

„1. Nichtrichtig ist, daß die Zahl der Prüflinge, die nach den neuen Gesichtspunkten Aussicht haben, das Examen zu bestehen, mit rund bis zwei Prozent angesetzt ist. Es ist schwierig, von vornherein einen genauen Prozentsatz anzusetzen oder auch nur abzuschätzen. Mit Wahrscheinlichkeit ist mit dem Bestehen von ungefähr 15 Prozent der Prüflinge zu rechnen. Die Themen, die vom Kultusministerium selbst gestellt sind, sind so gewählt, daß jeder normale Schüler die Aufgaben lösen muß; daß dabei den zeitbedingten Schwierigkeiten (Schulausfall, Kälte, Ernährungsschwierigkeiten usw.) Rechnung getragen worden ist, ist selbstverständlich.

2. Unrichtig ist, daß, wer bei der mündlichen Prüfung eines Faches keine zehn Punkte zugeteilt erhält, deswegen schon durchgefallen ist, oder daß man mit sechs Punkten in der schriftlichen Prüfung durchgefallen wäre. Durchgefallen ist, wer in einem Fache der Prüfung weniger als vier Punkte erhält. Richtig ist ferner, daß entgegen der Auffassung, die in dem Artikel zum Ausdruck kommt, ein Ausgleich immer gegeben ist, wenn in anderen Fächern gute und ausgezeichnete Leistungen erzielt werden. Es wird im Mündlichen bei jeder Schulgattung einschließlich des Religionsfaches in sieben bis acht Fächern geprüft. Es ist für jeden leicht auszurechnen, daß, selbst wenn die Bewertung eines Faches unter zehn liegt, bei guten Leistungen in anderen Fächern der Durchschnitt über zehn liegen muß. Zudem läßt das neue Punktsystem der individuellen Bewertung weit mehr Spielraum als die bisherige Notenskala, die die Bewertungen für die Leistungen in den Rahmen von fünf bis sechs Prädikaten hineinpreßte. Daß bei der jetzigen Bewertung die besonderen Bedingungen, unter denen der Prüfling zu arbeiten hatte, anerkannt werden können, versteht sich von selbst, zum Beispiel die Vorzeugnisse (Durchschnitt der Noten, die in den Primen erzielt wurden). Gutachten und die besonderen Bedingungen, die den Kriegsteilnehmer benachteiligen; das ist zuletzt eine Frage des pädagogischen Prüfungsgeschickes des Lehrers, der die besonderen Faktoren in der Punktbewertung wohlwollend berücksichtigen kann. Die neue Prüfungsordnung verspricht gewiß einen starken Einschnitt. Wenn alle Beteiligten den Willen aufbringen, die Absichten der Neuregelung nach der guten Seite hin auszulegen und ihr nicht aus Voreingenommenheit, ja aus bösem Willen ablehnend gegenüberstehen, wird sie eine Lösung bringen, die der höchsten Gerechtigkeit und der bestmöglichen sozialen Auslese, damit dem Wohle nicht nur der Jugend, sondern unseres ganzen Volkes dient."

Wir hatten auf Grund von Schätzungen, die uns von Männern der Schulpraxis zugegangen waren, die Zahl der Schüler, die Aussicht auf Bestehen der Prüfung haben, mit ein bis zwei Prozent angegeben. Die Mitteilung des Kultusministeriums hält diesen Satz für zu niedrig, sagt aber sofort, daß es schwierig ist, „von vornherein einen genauen Prozentsatz anzusetzen oder auch nur abzuschätzen". Wir ziehen es vor, mit unserer Schätzung nicht abzuwarten, bis es zu spät ist.

Was die Bewertung der Leistungen anbetrifft, so dürfen wir auf die Mitteilung der gesamten Presse hinweisen. Wir verweisen des fernern auch auf den Antrag der SPD. im Landtag und auf dessen ausführliche Begründung, die unter anderem gerade die Anonymität der Prüfung besonders ablehnt. Im übrigen dürfte auch dem Kultusministerium bekannt sein, daß nach diesen Bestimmungen, wie wir sie veröffentlicht haben, bereits in einem Nachbarlande von uns verfahren worden ist, in der vergangenen Woche bei der schriftlichen und seit Montag dieser Woche bei der mündlichen Prüfung.

Ob die neue Prüfungsordnung eine Lösung bringt, die der „höchsten Gerechtigkeit entspricht, erscheint uns nach wie vor sehr fraglich. Denn alle mildernden Einschränkungen sind verklausulierte Kann-Bestimmungen. Ganz und gar nichts aber hat diese Prüfungsordnung mit einer „Sozialen Auslese" zu tun, eher ist das Gegenteil der Fall, weil sie allen jene bevorzugt, die dank der Vorteile eines sozial gehobenen Milieus mit Elternhilfe und Geschwisterhilfe, durch reichliche und kostspielige Nachhilfestunden sich eine intensive Examens-Vorbereitung leisten können.

Die neuen Prüfungsbestimmungen erregen nicht nur deswegen Verwunderung, weil sie kurz vor den Examina inoffiziell bekannt werden, sondern auch deshalb, weil sie von einem Ministerium herausgegeben sind, über dessen provisorischen Charakter kein Zweifel besteht.

Daß es bei unserem rein sachlichen Artikel auf die Weckung des guten Willens ankam, „die Absichten der Neuregelung nach der guten Seite hin auszulegen" und nicht die geringste Voreingenommenheit dabei ausschlaggebend gewesen war, wurde auch von allen Lesern verstanden, deren besondere Zustimmung wir mit Genugtuung verzeichnen dürfen, von allen verstanden — bis auf das Kultusministerium.

Ausgepunktet . . . !